

Online-Mediengespräch Safe Abortion Week "Raus aus dem Strafgesetzbuch"

Frauenvorsitzende und stv. Klubvorsitzende Eva-Maria Holzleitner

Wiener Frauenvorsitzende Marina Hanke

Gynäkologin Dr.in Mirijam Hall

Frauenrechte schützen und ausbauen.

Frauen haben das Recht auf einen sicheren, legalen und kostenfreien Schwangerschaftsabbruch. Das ist derzeit noch nicht der Fall. Frauen haben keinerlei Ansprüche und Sicherheit, wenn es um einen Abbruch geht. Die Situation ist in jedem Bundesland unterschiedlich. Oft fallen lange Wegzeiten an, die eine Gefahr für die Gesundheit sind. Abtreibungsgegner*innen schrecken vor nichts zurück und lauern vor Kliniken Frauen, die einen Abbruch vornehmen lassen, und Ärzt*innen auf. Ein untragbarer Zustand.

Recht auf einen legalen Abbruch.

Noch immer ist der Schwangerschaftsabbruch in Österreich kriminalisiert und ist im Strafgesetzbuch geregelt. Der Paragraph 96 StGB stellt Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe mit der Androhung von Freiheits- oder Geldstrafen. Die Ausnahme dieser Regelung ist im Paragraph 97 festgelegt. Die SPÖ will Schwangerschaftsabbrüche legalisieren. Der Paragraph 96 StGB, der Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt soll gestrichen werden und der Paragraph 97 StGB in das Gesundheitsrecht überschrieben werden.

Teil der Gesundheitsversorgung.

Schwangerschaftsabbrüche sollen Teil der öffentlichen Gesundheitsversorgung sein. Frauen haben das Recht auf sichere Abtreibungen. Alles andere ist eine Gefahr für die Gesundheit und das Leben. Schwangerschaftsabbrüche sollen auch Teil der medizinischen Ausbildung sein. Im Medizinstudium kommen sie in den meisten Lehrplänen vor, zumindest im Rahmen von Vorlesungen. In der Fachärzt*innen-Ausbildung zur Gynäkologie und Geburtshilfe nicht unbedingt.

Schutz vor Kliniken.

Die Attacken radikaler Abtreibungsgegner*innen sind eine große Belastung. In Wien gibt es seit 2005 ein Wegweisungsrecht im Wiener Landessicherheitsgesetz. Damit können Belästiger*innen von der Polizei vom Platz verwiesen werden. In den anderen Bundesländern gibt es eine solche Regelung nicht. Die sogenannten Schutzzonen gelten nur für Einrichtungen für Minderjährige, zum Beispiel Schulen oder Kindergärten. Medizinische Einrichtungen sind davon nicht ausreichend umfasst. Notwendig ist eine bundesweite Regelung, die den Schutz garantiert. Der Schwangerschaftsabbruch ist eine Entscheidung, die Frauen selbstbestimmt treffen sollen, ohne von Gegner*innen auf der Straße belästigt zu werden. Auch das gehört zu einem sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen.

Gleiche Bedingungen für ganz Österreich.

Derzeit müssen Frauen bei Abbrüchen auch mit hohen Kosten rechnen. Auch hier von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Im Westen sind Abbrüche teurer als z.B. in Wien. Bis zu 1.000 Euro kann ein Schwangerschaftsabbruch kosten.

Die SPÖ will die gleichen Bedingungen in ganz Österreich: Abtreibungen sollen an öffentlichen Spitälern möglich und kostenfrei sein. Der medikamentöse Schwangerschaftsabbruch soll für Frauen in ganz Österreich zugänglich sein. Weiters pochen die SPÖ-Frauen seit langem auf gute Informations- und Aufklärungskampagnen sowie gratis Verhütungsmittel.

Schutzwall gegen reaktionäre Angriffe.

Dass das Recht auf Selbstbestimmung immer wieder in Frage gestellt wird, ist eine Tatsache. In den USA wurde das Recht auf Schwangerschaftsabbruch wieder gekippt, ein Schock für Millionen von Frauen. In Polen bedeutet das Verbot von Abtreibungen eine Gefahr für die Gesundheit und das Leben.

In Österreich will die FPÖ zusammen mit rechtsextremen und erzkatholischen Abtreibungsgegnern Frauenrechte massiv einschränken. Die FPÖ unterstützt den „Marsch fürs Leben“ von Ultrakonservativen. Herbert Kickl kritisierte bereits 2009 Abtreibungen als „ideologische Perversion und persönliche Willkür“. Erst im April hat die FPÖ im EU-Parlament gegen den Vorschlag gestimmt, Abtreibung als EU-Grundrecht anzuerkennen. Dazu kommen allgemeiner Frauenhass. Harald Vilimsky, Delegationsleiter der FPÖ im EU-Parlament beschimpfte Roberta Metsola, Christine Lagarde und Ursula von der Leyen als „politisches Hexentrio“, das „diesen Kontinent in den Abgrund führt und wir werden sie die Peitsche spüren lassen“. Diese Verbalattacken können so nicht hingenommen werden! Wir brauchen hierzulande einen Schutzwall gegen Attacken auf unsere Rechte.

Recht auf Selbstbestimmung.

Mit restriktiven Zugängen oder Verboten verschwinden Abtreibungen nicht. Sie werden nur unsicher und damit gesundheitsgefährdend. Laut Schätzungen sterben weltweit jedes Jahr 30.000 Frauen an den Folgen einer unsicheren Abtreibung. Es braucht Versorgungssicherheit für Frauen und das garantierte Recht auf Selbstbestimmung. Dass das möglich ist, zeigen Länder wie Frankreich, wo das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in die Verfassung aufgenommen wurde.

Frauenrechte sind die Grundlage der Demokratie.

Für die SPÖ sind Demokratie und Frauenrechte eng miteinander verbunden. Die Demokratie hält nur dort, wo wir sie schützen. Eine Gesellschaft, in der Frauen alle Freiheiten und Rechte besitzen, ist eine Gesellschaft, in der es allen gut geht. Um diese Entscheidung, um diese elementare Zukunftsfrage geht es bei der Nationalratswahl.

Hintergrundinfo:

DIE SPITZE DES EISBERGS

Religiös-extremistische Geldgeber gegen Menschenrechte auf Sexualität und reproduktive Gesundheit in Europa, veröffentlicht 2021 vom European Parliamentary Forum

https://www.epfweb.org/sites/default/files/2022-02/EPF_EN_TOTI_9SEP%20DEF_%20DEU_FINAL.pdf

Das European Parliamentary Forum (EPF) ist ein Netzwerk von Parlamentarier*innen aus ganz Europa, die sich sowohl in Europa als auch in Übersee für den Schutz der sexuellen und reproduktiven Gesundheit der verletzlichsten Menschen der Welt einsetzen.

Die radikale Rechte formiert sich seit Jahrzehnten gegen Frauen, gegen Gendern, gegen sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, gegen die LGBTIQ+ Community. Hinter dem Anti-Gender-Aktivismus steht ein weltweit agierendes Finanzsystem. Rund 50 Organisationen, NGOs, Stiftungen, religiöse Organisationen und politische Parteien stehen 707,2 Millionen USD zur Verfügung. Sie sind aus den USA, Europa und Russland. Wenn es gegen die Rechte von Frauen geht, finden sich Extremisten über religiöse, weltanschauliche und nationalistische Grenzen zusammen.

Zahlen, Daten, Fakten

81,3 Millionen USD stammen von 10 Akteuren aus den USA, wobei es sich um NGOs und konservative Denkfabriken der amerikanischen christlichen Rechten handelt. 10 Akteure finanziert von Milliardär*innen, die über enge Verbindungen zur amerikanischen Republikanischen Partei und den amerikanischen alternativen und extremen Rechten verfügen.

- Russland hat einen Anteil von 188,2 Millionen USD, der vollständig von Organisationen (Stiftungen, Denkfabriken, Medien) stammt, die eng mit den beiden russischen Oligarchen Vladimir Yakunin und Konstatin Malofeev verbunden sind.
- Geldmittel aus Europa machen mit 437,7 Millionen USD den größten Anteil an Anti-Gender-Förderung in Europa aus. In diesem Bericht werden fast zwanzig private Stiftungen identifiziert, die sich an spezifischer Anti-Gender-Mobilisierung in Europa beteiligen. Darüber hinaus entstanden im vergangenen Jahrzehnt neue transnationale NGO-Allianzen: ein paneuropäischer Antiabtreibungsverband; ein europäisches Modell für Anti-LGBTQI-Kampagnen; eine christliche politische Partei auf europäischer Ebene; eine ultrakonservative Social-Media-Plattform; sowie eine Reihe von miteinander verbundenen pseudo-katholischen rechtsextremen Akteuren. Zu weiteren Organisationen zählen religiöse Institutionen sowie paneuropäische faschistische Parteien.

Das bekannteste Abtreibungsnetzwerk „Agenda Europe“ hat sich 2019 aufgelöst, die vorhandenen Netzwerke aus aristokratisch-bürgerlichen Eliten funktioniert noch immer.